

Die „Klamme“ Stadt und der Landesknobel Entschuldungsfond (Teil II)

Statt nur die systemrelevanten Banken zu stützen, müssen die Kommunen erneut in die Lage versetzt werden, aufgrund der ihnen vom Grundgesetz garantierten „Selbstverwaltung“, ihren Aufgaben und insbesondere denen der kommunalen Daseinsvorsorge auch finanziell gerecht zu werden. Damit sich eine Haushaltskrise nicht zugleich auch zu einer ‚Demokratiekrise‘ strukturell auswächst, genügt es nicht – wie die CDU derzeit in Trier glaubt –, eine vermeintliche Transparenz in die Ratssitzungen durch Online-Video-Übertragungen der Rats- und Dezernatssitzungen zu bringen, wenn gleichzeitig den eigenen Einzelmandatsträger/innen im Stadtrat die grundlegenden Protokolle des Ältestenrates, der AGs und Dezernatssitzungen verweigert werden, bzw. wenn weiterhin mehrheitlich geduldet wird, dass „Niederschriften“ bis zu einem halben Jahr nach der Sitzung zugeschickt werden. Welch ein Widerspruch tut sich hier auf, wenn die Mehrheit des Rates beispielsweise gegen meinen Antrag auf der letzten Ratssitzung stimmt, nun aber u.U. eine „Bürgernähe“ sucht, um durch Online-Übertragungen die „kommunalpolitische Arbeit insbesondere Jüngerer leichter zu machen“ und den in § 35 der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung normierten „Öffentlichkeitsgrundsatz“ breit zu realisieren. Andererseits aber auch „Bürgerhaushalte“ inszeniert und gleichzeitig Einzelmandatsträger/innen von Online-Komentierungen ausschließt, weil diese per mehrheitlichem Ratsbeschluss nur Fraktionen zustehen sollen. Auch diese Widersprüche sind „systemrelevant“, denn es sind die Widersprüche einer kapitalerzeugenden Gesellschaft und nicht die einer werteerzeugenden Kommune! Statt als demokratisch legitimierter Mandatsträger in der Ratssitzung physisch anwesend zu sein und zu debattieren, sollte man vielleicht zu Protokoll geben: Lesen Sie meine Stellungnahmen, meine politischen Positionierungen und mein Abstimmungsverhalten bezüglich der einzelnen Verwaltungsvorlagen auf meiner Homepage unter „Johannes-Verbeek.de“ zugleich in Jetztzeit nach! - Was interessieren mich die desolaten Stadtfinanzen, wenn ich von den Entscheidungsfindungen der entscheidenden Sitzungen weiterhin ausgeschlossen werde, weil ich keiner „Fraktion“ angehöre? Oder anders - mit Karl Marx - gesagt:

„Anderen etwas vormachen und sich dabei selbst etwas vormachen – das ist die parlamentarische Weisheit im Kern.“ (MEG, 35, 157) – Siehe hier die Online-CDU!

„Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeois-Klasse verwaltet.“ (MEG, 4) – Siehe hier die geschlossenen Sitzungen der „AG Rat und Verwaltung“ oder des „Ältestenrates“ im Vorfeld der zweiten Haushaltsverabschiedung 2011.

Daraus folgt:

„Wenn die Demokraten die Regulierung der Staatsschulden verlangen, verlangen die Arbeiter den Staatsbankrott.“ (MEG, 7, 253) – Siehe zum ersten Teil der marxchen Aussage die Erwartung der ADD an den Rat der Stadt Trier und zum zweiten Teil des Satzes die Auffassung weiter Teile der Linken!

Oder noch schärfer:

„Eine Entwertung des Kreditgeldes [...] würde alle bestehenden Verhältnisse erschüttern.“ (Das Kapital: MEG, 25, 532) – Meine These dazu: Statt eines „Entschuldungsfonds“ des Landes RLP brauchen wir einen kommunalen „Schuldenerlass“. Das heißt: Die Banken werden einen Teil ihres Kreditgeldes abschreiben müssen. Dies gilt vor allem auch in Bezug auf die Gesamtverschuldungen der Länder und des Bundes sowie der EU!

Was bedeutet dies für den Haushalt der Stadt Trier?

„Manche Baustelle entsteht auf kommunaler Ebene nur deshalb, weil überörtlich Gelder zur Verfügung stehen.“ (APuZ, S. 11)

Für die Stadt Trier bedeutet dies, dass entweder auf konventionelle Art und Weise gebaut werden muss unter der Eigenregie des städteigenen Bauamtes oder durch die Gelder von Investoren auf der Ebene von PPP-Projekten. PPP-Projekte rechnen sich jedoch nur, wenn aus einer konventionellen Realisierung prinzipiell möglich wäre, weil PPP-Projekte lediglich ein Finanzierungsinstrument zur Effizienzsteigerung der allgemeinen Wirtschaftlichkeit sind. Einer Eigenrealisierung steht jedoch die Aussagen und Finanzkontrollen der ADD entgegen, die Investitionen der Stadt über einen Betrag von 100.000 Euro genehmigen will/muss sowie die Vorgaben des Landes, keine Projekte zu deren „endgültiger Finanzierung“ Zuwendungen des Landes eingeplant sind“ (S. 4) ohne entsprechende Bewilligungsbescheide des Landes nicht in Anspruch genommen werden, weil ohne die Vorabgenehmigung des Landes die einzelnen Kommunen das Land in einen Finanzierungszugzwang bringen können. Das liegt daran, weil das jeweilige Land zwar seinen Kommunen weitere „Aufgaben übertragen“ kann, und das selbst dann noch, wenn eine Gegenfinanzierung unterbleibt, andererseits die einzelnen Kommunen aber nicht gegenüber ihrem Land und dem Bund eine eigene Ebene darstellen, weil die Kommunen „rechtstechnisch Teil der Länder sind“ (APuZ, S. 8) und dadurch einer ADD-Aufsicht unterliegen. Wenn daher Bürgermeister und Kämmerer in vielen Städten - und so auch der Oberbürgermeister in Trier - beteuern, dass die Haushaltskonsolidierung alternativlose „Sparbeschlüsse“ politisch notwendig mache, dann ist dies nur *eine* Finanzstrategie unter anderen, da genauso gut auf die „Sparpakete“ verzichtet werden kann (vgl. ebd., S. 13)! Die Bürgerinnen und Bürger sind ja nicht nur isolierte Bewohner einer einzelnen (mehr oder weniger) verschuldeten Stadt oder eines Bundeslandes, sondern sie bewohnen und leben alle gemeinsam die Bundesrepublik Deutschland zudem als Bürger/innen der EU und zugleich als Kosmopoliten einer Welt, zu der nicht nur Griechenland, sondern auch die USA gehört und beispielsweise Burkina Faso. Vor diesem Hintergrund stellt sich zweifelsohne ein gewisses „Vergeblichkeitsgefühl“ (S.5) ein, das manche Politikwissenschaftler als „die größte Gefahr für [eine] nachhaltige und wirksame Haushaltskonsolidierung“ (ebd.) halten. Analog zu einer „Dritten-Welt“ auf globaler Ebene entsteht immer häufiger eine Zweiklassen-Gesellschaft-der-Städte auf regionaler Ebene. Es gibt Städte, die sich noch etwas leisten können, wie etwa Düsseldorf, und solche, die nicht einmal mehr ihre Eigenfinanzierungen erbringen, um an besonderen Förderprogrammen des Bundes oder der EU teilzunehmen zu können, wie etwa Trier! Hieraus entsteht eine zutiefst paradoxe Finanzierungssituation, denn nur die wenigen Städte mit einem ausgeglichenen Haushalt hätten Zugang zu Fördermitteln, die subsidiär gedacht einen Ausgleich für die schwächeren Kommunen darstellen sollen!

Ein weiterer Widerspruch betrifft die Laufzeiten der sog. Kassenkredite, mit denen die Städte ihre Haushaltsdefizite auszugleichen versuchen – was die Banken ziemlich freut! Die Kommunalaufsichten wie auch die ADD legen Wert darauf, dass die Kassenkredite möglichst eine kurze Laufzeit haben, damit die Städte ihre Schulden in möglichst kurzer Zeit wieder abgebauten können. Dies gelingt jedoch schon seit fast einem Jahrzehnt nicht mehr, so dass die Kassenkredite nach herrschender Rechtsmeinung „rechtswidrig zur Finanzierung der laufenden Ausgaben verwendet werden“ (APuZ, S. 14). Andererseits würden längere Laufzeiten der Kredite u.U. auch günstigere Zinsbindungen für die Städte ermöglichen. Dies ist aber unter den politisch vorgegebenen Umständen nicht möglich! Ebenso wenig können diese strukturellen Finanzkonditionen von einzelnen Städten alleine durchbrochen werden. Damit wird das sog. „Nothaushaltsrecht“ aber zum bleibenden Normalfall für die meisten Großstädte: Sie stehen - wie auch in Trier - unter einem Bewilligungsvorbehalt der Kommunalaufsicht: hier der ADD! Die sich auftürmenden Kassenkredite sind aus eigener, kommunaler Kraft sicherlich nicht mehr abzubauen (vgl. APuZ, S. 17 in Bezug auf NRW)! Der Oberbürgermeister hat auf der letzten Steuerungssitzung angekündigt, in einer der nächsten Sitzungen der AG Rat und Verwaltung das Thema der Kassenkredite behandeln zu wollen – leider bin ich zu diesen Sitzungen nicht einmal

eingeladen, weil sie nur den Fraktionsgruppen vorbehalten sind! – Ist dies eine ‚demokratische‘ oder nur eine ‚geschlossene‘ Gesellschaft?

Gleichzeitig wird die Finanzsituation der Gemeinden, der Länder und des Bundes nicht nur für die Bürger/innen immer undurchsichtiger, sondern auch für die Mandatsträger/innen im Stadtrat vor Ort. Denn wer soll zur Verantwortung gezogen werden, wenn alles teurer wird und doch noch nichts erreicht wird? Der Oberbürgermeister, der Stadtrat, die ADD oder gar die einzelnen regionalen Bundestagsabgeordneten – evt. auch „global“ Amerika oder doch nur Griechenland?

„Pa, di,di, dumm, dumm, schau, schau - der Kommissar geht um, pam, pam, pa!“ (Falco)

Wenn auch die Finanzhaushaltung der Stadt Trier durch die Kommunalaufsicht der ADD strengen Restriktionen unterworfen wird, gib es dennoch Möglichkeiten sozusagen auf der „mikropolitischen“ Ebene eigene Prioritäten zu setzen, um so der „Vergeblichkeitsfalle“ zumindest auf kommunaler Ebene zu entgehen. Die Bürger/innen und Bürger werden somit nicht durch höhere Steuern und Eintrittsgebühren sowie durch höhere Beitragserhebungen, „an den rechtlich zulässigen Höchstsätzen“ (S.14), wie die Empfehlung der ADD an die Entscheidungsträger der Stadt derzeit lautet, belastet! Man kann sich im „Nothaushaltsrecht“ einrichten und keine Kürzungen bei bestehenden Einrichtungen und städtischen Institutionen vornehmen, so wie das schon seit 2009 mehr als 114 Kommunen in NRW – darunter viele Großstädte – tun (vgl. APuZ, 15, 18). – Möglich wird dies durch lang erprobte Strategien der außerparlamentarischen Kräfte und „zivilgesellschaftlichen Akteure“ (APuZ, 18), die sich zu Bündnissen gemeinsam zusammenfinden. Dieses politische Vorgehen setzt allerdings eine Vernetzung und öffentliche Mobilisierung voraus, die ggf. auch in beharrliche Protestaktionen münden wird. Die Oberbürgermeister und die Verwaltungen drängen dagegen auf möglichst schnelle Entscheidungen, die wenig Diskussionsräume für ausführliche Debatten im Stadtrat belassen, weil in kleineren Zirkeln „besser gemunkelt“ werden kann (siehe oben). Wenn sich der Beratungszeitraum jedoch etwas länger hinstreckt, dann fällt es in der Regel „fitten“ Stadträten nicht sonderlich schwer, erhebliche Zweifel an den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung zu streuen und allmählich zu erhärten, weil es immer auch Alternativen gibt: So geschehen auf der zweiten Haushaltslesung 2011 im Trierer Stadtrat, wo die KGSt-Vorschläge erheblich reduziert werden konnten und zahlreiche freiwillige Leistungen der Stadt an bestehende Sozialträger (vorerst!) erhalten blieben. De facto muss man als Entscheidungsträger aber zu der Einsicht kommen, dass es real nichts mehr zu entscheiden gibt, weil es keinerlei Spielräume mehr gibt, etwas zu verbessern! – Das heißt aber keinesfalls, dass dadurch auch die Verantwortlichkeiten verlagert werden können. Es muss zur politischen Tagesordnung gehören, die verantwortlichen Entscheidungsträger/innen in das öffentliche Bewußtsein zu rücken, um dadurch offen zu legen, wer sich, wie „an einer gemeinwohlorientierten Daseinsvorsorge“ (APuZ, S. 19) für alle Bürger/Innen in der Stadt orientiert und einsetzt! Vor diesem Hintergrund werden dagegen „lobbyistische“ Projekte schnell enttarnt, die sich lediglich daran orientieren, ob ein gewisser Finanztopf bereit steht, wobei das eigentliche Projekt keine Rolle mehr spielt, weil man durchaus sagen kann, es tue sich dadurch doch etwas in der Stadt (vgl. die Projekte „Soziale Stadt“, bei denen seit Jahrzehnten immer gleiche Stadtteile unterstützt werden, während andere den Bach runtergehen, weil sie beispielweise nur als „Durchfahrtsstraßen“ ohne Lebensqualität im Stadtteil missbraucht werden!). Hier helfen wohl nur noch starke Bürgerinitiativen, die im Zweifelsfall auch „Bürgerentscheide“ als effektive Vetopositionen in das politische Spiel werfen. – Allerdings ist auch dieses Instrument nur sehr begrenzt nutzbar, denn es löst keineswegs das sog. „Effizienz-Legitimationsdilemma“ (APuZ, S. 19), das immer dann entsteht, wenn beispielsweise in

offenen Bürgerhaushalten Entscheidungen propagiert werden, die aber stadtweit keinen Konsens tragen, um etwa auch in anderen Stadtteilen eine für die dortige Bevölkerung zufriedenstellende Stadtteilpolitik zu ermöglichen. Hier kennen die verschiedenen Fraktionen nur ihre eigenen Mehrheiten in den Stadtteilen, ohne die zum Teil auch in einander verschlungenen Bedürfnisse benachbarter Stadtteile in Blick zu bekommen. Die Diskussionen über das Mobilitätskonzept 2025 geben hier derzeit in Trier einen guten Überblick über die rohen Vektorkräfte der verschiedenen Fraktionen.

Vor die Alternative gestellt, entweder die demokratische Transparenz der Entscheidungen oder die vorgeschlagenen Konsolidierungsvorschläge mitzutragen, wird man sich für keine Seite dieses dialektischen Widerspruchs entscheiden, sondern kräftig weiterstreiten, um an strukturellen Rahmenbedingungen etwas (nachhaltig) zu verändern.

Johannes Verbeek

Trier, am Vatertag, den 02.06.2011